

Der Kommentar

Der deutsche Staat muss sich reformieren!

Die jüngsten Krisen zeigen die Verwaltungs- und Organisationsdefizite in den Amtsstuben deutlich auf. Zudem stehen die Strukturen der alten Bundesrepublik den heutigen Herausforderungen oft im Weg. Dem politischen Führungspersonal sind diese Probleme bekannt, gleichwohl spielen entsprechende Reformen oder Visionen bei der Bundestagswahl kaum eine Rolle. Das wird sich nicht nur rächen, sondern sich auch schnell ändern müssen.

Lesen Sie den Kommentar von Reiner Holznagel auf der nächsten Seite.





Made in Germany

In der Mitte des 19. Jahrhunderts sahen sich die Briten gezwungen, eine Markierung zu entwickeln, die minderwertige Produkte von den eigenen abgrenzte. Konkret ging es um schlechte Schneidewerkzeuge aus Deutschland. Made in Germany war damals eine Warnung! Zum Ende des 19. Jahrhunderts änderte sich diese Situation völlig. Bis heute steht Made in Germany als weltweites Qualitätssiegel für hochwertige und langlebige Produkte. Die deutschen Produzenten tun verständlicherweise vieles, um dieses Label als Werbung und Ausweis zu erhalten. Abgesehen von den deutschen Erzeugnissen stand aber auch der deutsche Staat im Ruf akkurater Verwaltung und straffer Organisation. Wer kennt sie nicht, die entsprechenden preußischen Witze, die natürlich auch einen hohen Wahrheitsgrad hatten.

Die schleichende Verschlechterung

Gleichwohl ändert sich der Ruf gerade in den letzten Jahren langsam, aber nachhaltig. Unter das politische „Made in Germany“ fällt der langwierige, gar peinliche Bau des Berliner Großflughafens. Noch immer soll in Stuttgart ein neuer Bahnhof entstehen, der alles andere als ein Vorzeigeprojekt ist. Und als sich 2017 die G7-Staaten in der Hamburger Elbphilharmonie trafen, erlebten sie zwar ein fantastisches Bauwerk, aber zur Geschichte der Entstehung schweigen wir lieber. Abgesehen davon war es Chaoten und Radikalen möglich, Teile der Hansestadt in Schutt und Asche zu legen. Man glaubte kaum, dass diese Bilder aus Deutschland stammten.

Große Fehler der jüngsten Vergangenheit

Zwar gelang es Deutschland immer wieder, den guten Ruf von „Made in Germany“ aufrecht zu erhalten. Ein ums andere Mal brachte die Politik die notwendigen Kräfte auf, um schneller und besser aus Krisen zu kommen. Hier sei die Agenda 2010 oder auch die Bewältigung der größten Weltwirtschaftskrise um das Jahr 2009 erwähnt. Aber manchmal ist die Politik derart von ihren Reformvorhaben geleitet, dass die Konsequenzen nahezu ausgeblendet werden. Der Atomausstieg ist zwar vollzogen, aber wie und zu welchem Preis! Die Manipulation in deutschen Dieselfahrzeugen führte dazu, dass mittlerweile der Diesel komplett in Frage steht. Während wir aus dieser Technologie aussteigen, steigen andere Nationen erst richtig ein.

Die Krisen legen die Schwächen offen

Als die Corona-Pandemie in Europa ausbrach, hatte kaum ein Land eine so gute Ausgangslage wie Deutschland. Eine Rekordverschuldung war möglich, die sozialen Sicherungssysteme schalteten auf Notbetrieb und funktionierten weitgehend. Doch was geschah dann? Zur politischen Krisenbewältigung gehören auch: Wirtschaftshilfen wurden aufgelegt, kamen aber nicht zügig bei den Betroffenen an. Es wurden katastrophale Maskendeals zu Lasten der Steuerzahler gemacht, wir sahen eine desaströse Impfstoffbeschaffung, ein politisches Hickhack zwischen den Zuständigkeiten aller staatlichen Ebenen – selbst politische Korruption trat zutage. Auch zahlreiche Versäumnisse bei der Digitalisierung kommen ans Licht.

Zwei weitere Katastrophen skizzieren die Probleme noch deutlicher: die Flut und der Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Zuweilen fehlen einem sprichwörtlich die Worte. Hier versagten nicht nur Strukturen, oftmals war und ist das Notwendige gar nicht da. Diese Beschreibung zielt auch auf die Verantwortung der handelnden Politikerinnen und Politiker ab. Während Menschen aufgrund einer internationalen Fehleinschätzung um ihr Leben fürchten, erleben wir in Deutschland ein Wegschieben von Zuständigkeit und Verantwortung an der Spitze unserer Verwaltung. Natürlich kann politisches Handeln in Krisen mit Fehlentscheidungen behaftet sein. Doch machen wir es uns zu einfach, wenn wir die damit offengelegten strukturellen und tiefgreifenden Probleme von Staat und Verwaltung auf rein „persönliche Fehler“ Einzelner reduzieren würden.

Der Wahlkampf, der keiner ist

Man könnte angesichts dieser Situation meinen, wie gut, dass bald Bundestagswahlen sind. Doch während der Wahlkampf ohne sachliche Inhalte startete, fielen dann die Kandidaten durch persönliche Fehltritte auf. Selbst jetzt – wo die aktuellen Krisen die Schwächen und den Reformbedarf von Politik und Verwaltung offen zutage legen, widmet sich der Wahlkampf anderen Themen und wenigen Inhalten.

Ziele und Handlungsoptionen

Sicherlich wird sich das in der verbleibenden Wahlkampfzeit kaum ändern. Umso mehr stehen der neue Bundestag und die neue Bundesregierung in der Verantwortung.

Anzeige

Buchführung, FIBU ein Kartenspiel mit Belegen, leider ohne Joker und ohne soliden Boden

ca. 80 % von 6 Mill. Betrieben sind **nicht FIBU-pflichtig**
§§ 141 AO, 241a HGB Aufzeichnungen ja, FIBU nein

Neue Fehlentwicklungen, Dilemmata, Widrigkeiten:

Märchen: FIBU das „einzige“ universelle Handwerk für Aufzeichnungen, USt VAs, EÜRs, Belegverwaltung

Risiken: § 812 BGB, der beklagenswerte Oberharz Fall
Anspruchsentwicklung der Finanzverwaltung:

GoBs waren nur der historische Anfang, neuzeitliche Ordnungsvorschriften, §§ 145 ff AO, BMF (noch) unterdrückte Spitze: § 5 Abs. 1 EstG, Bilanzen

Lösung: Freiwillige Buchführung vermeiden, beenden.
Statt Buchführung:

registergestützte Belegverwaltung RegiB

40-seitige Broschüre bestellen, mit exakter Adresse
Euro 42,80 inklusive 7 % USt, Eigenverlag StB DM
mail: info@mueller-blankenburg.de
oder fax 03944 64427 oder fax 05551 9095095

Wirtschaft leidet unter hoher Bürokratie

Neue Daten der Bundesregierung belegen, was viele Betriebe und Selbstständige längst wissen – die Bürokratie hat enorm zugenommen. Für die Wirtschaft sind die laufenden Bürokratiekosten (Erfüllungsaufwand) durch zahlreiche Gesetze und Verordnungen im Krisenjahr 2020 um 340 Mio. Euro gestiegen, der einmalige Umstellungsaufwand sogar deutlich um 3 Mrd. Euro.

Schuld an den hohen Lasten hat einerseits die Krisen-Bürokratie, aber auch das immer anspruchsvollere Umweltschutzrecht. Hier muss die neue Bundesregierung nachsteuern: Nötig sind weitere Bürokratieentlastungsgesetze, mehr Digitalisierung und eine konsequentere Anwendung der Grundsätze besserer Rechtsetzung. *Sebastian Panknin*

Wir benötigen eine entschlossene Agendapolitik, die sich selbst einen strikten Zeitrahmen auferlegt. In Deutschland wissen wir eigentlich, wie wir Krisen und schwierige Veränderungen bewältigen. Wir müssen unsere Kräfte dafür entfesseln. Konkret heißt das, eine Absenkung der Belastung durch Steuern und Abgaben, eine Entbürokratisierung und eine klare Prioritätensetzung beim Ausbau der Infrastruktur. In diesem Zusammenhang sollten wir nicht nur auf unser Können vertrauen, wir müssen diese Ziele auch in den Mittelpunkt stellen. Damit meine ich, dass wir einen erfolgreichen Klimaschutz nur mit technischer Innovation, Forschergeist und Mut erreichen werden. Gerade weil Klimaschutz so wichtig ist, dürfen wir hier nicht in kleinen oder regionalen Dimensionen denken und handeln. Die Chance, dass wir den weltweiten Klimaschutz mit „Made in Germany“ verbinden, dürfen wir uns selber nicht verbauen. Wir brauchen auch eine Debatte über unsere föderalen Strukturen. Was einerseits eine Stärke ist, entpuppt sich andererseits als Schwäche. Die Pandemie und die Flut haben so viele Schwachstellen aufgezeigt, jetzt muss reorganisiert werden.

Dabei muss die Politik bei sich selbst beginnen. Der Bundestag muss kleiner werden. 500 Abgeordnete sind genug, um bessere Politik zu betreiben. Gleichzeitig muss die neue Bundesregierung kleiner werden. Noch nie hatten wir so viele Staatssekretäre, Beauftragte und Spitzenbeamte. Auch darf es keine neuen Ministerien geben. Natürlich ist zum Beispiel die Digitalisierung wichtig. Aber diese Aufgabe muss man bündeln und mit einer klaren Zuständigkeit z. B. im Wirtschaftsministerium ansiedeln. Schon jetzt gibt es zu viele Verantwortlichkeiten und deshalb übernimmt auch niemand mehr Verantwortung!

Eine Veränderung in der politischen Kultur ist notwendig

Bleiben sollten unser Grundfeste, beispielsweise die soziale Marktwirtschaft, die Rechtsstaatlichkeit und ein Maximum an Freiheitsrechten. Wer Freiheit hat, muss aber auch Verantwortung übernehmen. In den letzten Jahren wurden zu oft der Staat und die Allgemeinheit für viele Probleme in Verantwortung genommen. Das fängt beim steuerfinanzierten Rettungsfonds für Banken und Konzerne an und hört beim gebührenfreien Kitaplatz nicht auf. Bei vielen Diskussionen gerät die tatsächliche Bedürftigkeit völlig außer Sicht. Hier ist die Politik genauso in Verantwortung zu nehmen wie jeder einzelne auch.

Nicht Deutschland braucht einen Ruck, sondern die politische Klasse. Wir müssen viel ändern, damit Deutschland so bleibt wie es ist. Made in Germany soll auch in Zukunft ein Qualitätsmerkmal sein.

